

Bezirk Zwettl aktuell



Winter 2021

Mitteilungen der SPÖ-Bezirksorganisation Zwettl

100 Prozent Zustimmung: KommR Herbert Kraus als SPÖ-Bezirksvorsitzender bestätigt

Am Samstag, den 30. Oktober fand in Frankenreith die ordentliche Bezirkskonferenz der SPÖ Bezirksorganisation Zwettl statt. Delegierte aller SPÖ-Ortsparteien des Bezirkes wählten dabei KommR Herbert Kraus in geheimer Wahl mit 100 Prozent bereits zum zweiten Mal zum Bezirksparteivorsitzenden.

„Ich bedanke mich für euer Vertrauen. Wir werden in den nächsten Jahren unseren Weg konsequent weitergehen und gemeinsam für unseren Bezirk arbeiten. Denn nur gemeinsam können wir den Bezirk Zwettl weiter voranbringen und lebenswerter gestalten“, bekräftigt Herbert Kraus, der vorab die „Leistungsbilanz“ der letzten vier Jahre ausführlich zusammenfasste.

Als Gastredner fungierten Nationalrat Rudolf Silvan und Landesgeschäftsführer Klaus Seltenheim.

NR Rudolf Silvan, der in seinem spannenden Referat über die Gefahren und Chancen zur aktuellen politischen Lage in Österreich referierte, brachte es zum Abschluss seiner Rede auf den Punkt: „Politik heißt, bei den Menschen zu sein, draußen zu sein, sich zu zeigen, Gespräche zu führen und um hier Präsenz zu zeigen, braucht es uns alle.“

„Erfolgreich sind wir nur dann, wenn wir alle an einem Strang ziehen und geschlossen auftreten. Es geht darum, auch bei kontroversiellen Themen, gemeinsame Lösungen zu finden und diese nach außen zu tragen“, so Landesgeschäftsführer Klaus Seltenheim. Dabei betonte Seltenheim auch die Wichtigkeit des Zusammenspiels von Bund, Land und Gemeinde in der politischen Arbeit.

„Ich danke allen unseren FunktionärInnen, allen befreundeten Organisationen und SympathisantInnen und Sympathisanten, die für die Gemeinden im Bezirk Zwettl arbeiten. Ich bin überzeugt, dass die Sozial-

demokratie, vor allem Dank der Jungen in der Partei so lebendig ist - die Jungen haben neue Ideen, setzen neue Akzente, nutzen neue Medien und sorgen für starke Präsenz der Partei, vor allem in den sozialen Netzwerken“ so Kraus abschließend.



SPÖ

Regierung streitet, SPÖ bringt Lösungsvorschläge zur Entlastung der Menschen



Die Regierung versagt völlig bei der Bekämpfung der Pandemie und auch im Budget für 2022 ist nichts vorgesehen, um die großen Krisen und Herausforderungen zu bewältigen: keine Teuerungsbremse, keine Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung und keine Pflegereform.

Die SPÖ bringt Lösungsvorschläge zur Entlastung der Menschen ein.

In der Nationalratssitzung zum Budget hat unsere Vorsitzende, Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner den Streit der Bundesregierung am Höhepunkt der Corona-Krise mit deutlichen Worten kritisiert. „Während die Infektionszahlen in die Höhe schnellen, Hunderte auf Intensivstationen um ihr Überleben kämpfen und das Gesundheitspersonal mit den Kräften am Ende ist, streiten Sie auf offener Bühne, schieben sich gegenseitig

die Schuld zu und Verantwortung ab“, so Rendi-Wagner in Richtung Regierungsbank. „Wir alle sind Zeugen der Hilflosigkeit und der Planlosigkeit einer Bundesregierung in einer so schwierigen Zeit“, sagt unsere Vorsitzende, die einen klaren Appell an die Regierung richtet: „Reißen Sie sich zusammen und arbeiten Sie gemeinsam an der Bewältigung dieser großen Krise!“ Denn Aufgabe der Politik sei es, Probleme zu lösen. „Nimmt man diese Verantwortung nicht wahr und verschleppt Aufgaben, hat das oft verheerende Folgen“, so Rendi-Wagner, die im Zuge der Budgetdebatte dringende Maßnahmen zur Entlastung der Menschen, zur Sicherung der Pflege und Bekämpfung der Teuerungswelle einfordert.

SPÖ fordert Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas und 300-Euro-Winterzuschuss

„Ein Budget sollte im Wesentlichen dazu dienen, die großen Krisen der Gegenwart und Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen“, sagt Rendi-Wagner, die in Folge der Corona-Pandemie vor wachsender sozialer Ungleichheit im Land warnt. „Wohnen, Heizen, Benzin, der Lebensmitteleinkauf – das tägliche Leben wird immer teurer“, so unsere Vorsitzende. Von der Teuerungswelle besonders betroffen sind Familien und Kinder, Frauen, junge Menschen, PensionistInnen und Arbeitssuchende. „Eine Steuerreform und das Budget wären die Chance, eine spürbare Teuerungsbremse für Österreich einzuziehen“, sagt Rendi-Wagner, die aufgrund der explodierenden Energiepreise eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas sowie einen einmaligen 300-Euro-Winterzuschuss für NiedrigverdienerInnen fordert.

Mehr Mittel für Ausbau der Kinderbetreuung und Pflegereform notwendig

Das aktuelle Budget wäre auch „die große Möglichkeit zum Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung“, was von Kurz 2016 aus „Machtgier und Skrupellosigkeit“ verhindert wurde, und die Chance „für die dringend notwendige und überfällige Pflegereform in Österreich“. Es ist eine Frage des Respekts, „die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, die uns alle seit 20 Monaten Tag und Nacht durch diese Krise bringen, endlich zu verbessern“. Doch nichts davon ist im türkis-grünen Budget zu finden.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Es war ein aufreibendes, schwieriges Jahr und es ist noch nicht vorbei. Die Pandemie wird noch länger dauern, beziehungsweise die Folgen, die daraus entstanden sind. All das hat diese Bundesregierung zu verantworten. Sei es im Gesundheitsbereich, wo alles mit der Zusammenlegung der Krankenkassen begann, die statt der versprochenen Einsparung deutliche Mehrkosten verursacht hat. Das Fehlen von Pflegepersonal und Ärzten, wo zu wenig für die Ausbildung getan wird, die sozialdemokratischen Forderungen, wie zum Beispiel €1.700,- Euro für Auszubildende als Grundgehalt oder die Aufstockung der Studienplätze in der Medizin. In der Bildung gibt es den tatsächlichen Notstand. Statt alle Schülerinnen und Schüler wie versprochen mit Laptops auszustatten, fehlen auch hier noch jede Menge und somit kann es keinen gleichen Bildungsfortschritt für alle geben. Anstatt die Förderstunden zu erhöhen, um das Verlorene nachzuholen wurden sie gekürzt. Es gibt keine klaren Regeln für alle Schulen,



BV KommR Herbert Kraus

Schülerinnen und Schüler Österreichweit. Die wirtschaftlichen Auswirkungen zeigen sich ganz deutlich, wo einerseits Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in manchen Bereichen mehr arbeiten müssen als sie eigentlich können, wie im Lebensmittelhandel, öffentlichen Dienst, um nur einige zu nennen, sind andere bereits wieder im Lockdown und müssen nun wieder große Lohneinbußen durch Kurzarbeit oder Kündigung in Kauf nehmen. Dass Österreichweit 400.000 Kinder durch die Pandemie keinen Kinderbonus bekommen haben, weil ihre Eltern weniger verdienen. Das Großkonzerne reichlich gefördert werden und dann auch noch Rekorddividenden an ihre Aktionäre auszahlen, im Gegensatz aber Einpersonenernehmen, sowie Klein- und Mittelbetriebe sich wie Bettler um Almosen anstellen müssen. Man hat gegen die Pandemie noch immer keinen Plan, taumeln von einem Lockdown zum nächsten, dabei hätte es genügend Vorschläge von Expertinnen und Experten und auch von der Opposition, allem voran unserer BPV Pamela Rendi-Wagner gegeben. Über Wien hat man sich lustig gemacht wegen der strengeren Regeln, hat die Pandemie für beendet erklärt, und JA Wien hat es richtig gemacht. Wäre dieser Weg von der Bundesregierung mitgegangen worden, hätte man die Impfung weiter beworben, und zwar richtig, wäre uns das jetzige Desaster erspart geblieben. Es gibt aus diesen Verfehlungen der Bundesregierung nur einen Schluss.

DIE NÄCHSTE BUNDESREGIERUNG MUSS OHNE EINER ÖVP-BETEILIGUNG SEIN!



Bleiben Sie gesund!



SPÖ

Schnabl/Rendi-Wagner drängen auf Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und fordern: "Rechtsanspruch in ganz Österreich und Rechtsanspruch ab 1. Lebensjahr!"

Den Ausbau der Kinderbetreuung in ganz Österreich und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr haben SPÖ-Bundespartei-vorsitzende, Klubobfrau Dr.in Pamela Rendi-Wagner und der niederösterreichische SPÖ-Vorsitzende, LH-Stv. Franz Schnabl im Rahmen des „Roten Foyers“ gefordert. Die Enthüllungen rund um ÖVP-Obmann Kurz in den letzten Wochen haben gezeigt, wie wichtige Projekte für Österreich, wie etwa der Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung, sabotiert wurden. „Kanzler Kern und Vizekanzler Mitterlehner durften keinen Erfolg haben“, so Rendi-Wagner über das Motto des damaligen Außenministers Kurz, der sich auf dem Rücken der Familien „seinen Weg zur Macht geebnet hat“. Den 2016 geplanten und ausverhandelten Ausbau der Kinderbetreuung um 1,2 Milliarden Euro bezeichnet Rendi-Wagner als „Meilenstein“, den es endlich zu verwirklichen gilt. „Die Bundesregierung hat jetzt die Möglichkeit zu zeigen, dass sie sich von dieser türkisen Politik verabschiedet und Kindern und Frauen zurückgibt, was ihnen Sebastian Kurz aus reinem parteitaktischem Kalkül gestohlen hat“, so Rendi-Wagner, die kritisiert, dass die Regierung im aktuellen Budget kein zusätzliches Geld für den Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung vorgesehen hat und sich unterirdische Ziele setzt: „Nur fünf neue Kindergruppen für unter 3-jährige sind geplant. Ich hoffe, dass hier wie beim letzten Budget ein paar Nullen vergessen wurden.“ Gemeinsam mit Schnabl kündigt Rendi-Wagner Anträge und Resolutionen für den Ausbau der Kinderbetreuung im Nationalrat und den Landtagen an.

Ziel der rot-schwarzen Regierung unter Kern und Mitterlehner ist es gewesen, jedem Kind in Österreich bis 2020 einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz zu garantieren. „Das wäre ein wichtiger Schritt für eine Million Kinder und hunderttausende Mütter und Familien gewesen“, so Rendi-Wagner, die betont, dass viele Eltern und Kinder nach wie vor nicht die Wahl zwischen halbtägiger und ganztägiger Kinderbetreuung haben. Dabei sei „dieser Meilenstein wichtig für faire Bildungschancen – nicht nur in Städten, sondern auch im ländlichen Raum“, sagt Rendi-Wagner. Das Geld dafür ist jedenfalls vorhanden, betont die SPÖ-Chefin, die an die Türkis-Grün geplante und von der SPÖ heftig kritisierte Senkung der Konzernsteuern im Volumen von 1,5 Mrd. Euro erinnert.



Heftige Kritik an der unsozialen und kinderfeindlichen Politik von Kurz äußert auch Franz Schnabl: „Machtbesessenheit und Pflichtvergessenheit ist der Grund dafür, dass wichtige Einrichtungen von Kern und Mitterlehner torpediert und verhindert wurden.“ Unter dem Titel „KURZ mal aufgehetzt? Gestalten, statt aufhalten – Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung in Niederösterreich JETZT!“ wird heute eine Aktuelle Stunde im niederösterreichischen Landtag abgehalten, bei der die SPÖ eine Resolution für den Ausbau der Kinderbetreuung und einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr einbringen wird. „Uns interessiert die Frage, ob Niederösterreich eines jener Länder war, die Kurz unterstützt haben und ob das System Kurz auch das System Niederösterreich ist“, so Schnabl, der betont, dass Niederösterreich bei der Kinderbetreuung im österreichweiten Vergleich zu den Schlusslichtern zählt.

Die Resolutionen der SPÖ-Landesparteien nannte Schnabl ein „wichtiges Signal für das Pflichtbewusstsein der Regierung, um Druck aus den Ländern auszuüben“. Gespannt zeigt sich Schnabl darüber, „ob sich die ÖVP Niederösterreich verweigert, sinnvolle Maßnahmen umzusetzen“. Denn derzeit sind die Kindergärten in Niederösterreich nur zwischen 7 und 13 Uhr beitragsfrei, danach werden Familien zur Kasse gebeten. Anhand eines Beispiels aus Tulln erläuterte Schnabl die Problematik der teuren Kinderbetreuungsplätze, die viele Eltern – vor allem Frauen mit Teilzeitanstellungen – vor die Frage stellen, ob es sich finanziell überhaupt auszahlt, arbeiten zu gehen. Abschließend betonte Schnabl mit Verweis auf ein „Profil“-Interview von WKÖ-Generalsekretär Kopf den breiten gesellschaftlichen Konsens, den es für den notwendigen Ausbau der Kinderbetreuung in ganz Österreich gibt.



Hier die Zitate:

„Ich bin sehr optimistisch, dass es zu keiner zweiten Welle kommen wird.“

(damaliger Gesundheitsminister Rudi Anschober, am 6. Juni 2020)

„Die gute Nachricht ist, es gibt schön langsam Licht am Ende des Tunnels. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Corona-Krise kürzer andauern wird, als es viele Experten am Beginn der Pandemie vorhergesagt haben.“

(damaliger Kanzler Sebastian Kurz, am 28. August 2020. Einen Monat später explodieren die Zahlen)

„Vieles deutet darauf hin, dass wir heuer wieder „einen Sommer wie damals“ erleben können.“

(Vizekanzler Werner Kogler, am 28. Mai 2021)

„Die Pandemie ist für alle vorbei, die geimpft sind.“

(damaliger Kanzler Sebastian Kurz, am 30. Juni 2021)

„Die Pandemie ist gemeistert, die Krise bekämpft.“

(Plakate zur „VP - Sommerkampagne 2021 mit lachendem Sebastian Kurz)

„Die Pandemie ist zu Ende.“

(heutiger Kanzler Alexander Schallenberg, am 28. August 2021)

Bevölkerung muss für Versagen von Kurz bezahlen

Das desaströse Corona-Management von Ex-ÖVP-Kanzler Kurz zieht immer drastischere Folgen nach sich: Die Corona-Lage ist so schlimm wie noch nie. Unser Regionalgeschäftsführer Josef Kromsian stellt fest: „Die katastrophale vierte Corona-Welle ist das Erbe der Politik von Sebastian Kurz.“



Die türkis-grüne Bundesregierung hat unter Ex-ÖVP-Kanzler Kurz schwerwiegende Fehler am laufenden Band gemacht. Immer wieder

hat Sebastian Kurz der Bevölkerung vorgelogen, dass die Pandemie vorbei sei. Im Sommer hat sich Kurz in ganz Österreich mit der gemeinge-



fährlichen Botschaft ‚Die Pandemie gemeistert, die Krise bekämpft‘ plakativieren lassen. Gleichzeitig hat er die so wichtige Impfkampagne abgedreht, statt dafür zu sorgen, dass sich mehr Menschen impfen lassen. Die Regierung Kurz hat auch nichts aus ihren Fehlern gelernt: Sie hat auch den heurigen Sommer

wieder verschlafen und sich nicht auf den Corona-Herbst vorbereitet. Seit Monaten haben ExpertInnen vor einer dramatischen Entwicklung gewarnt.

Regierung hat Warnungen ignoriert

Kurz vor Redaktionsschluss kam die Nachricht, dass die Regierung wieder nur mit sich selbst beschäftigt ist. "Kurz und andere verlassen das sinkende Schiff ÖVP und hinterlassen nach Jahren der gesellschaftlichen Spaltung, der Selbstinszenierung und des politischen Versagens im Pandemie-Management einen riesigen Scherbenhaufen."



Neue SPÖ Bezirksfrauenvorsitzende für Zwettl

Am 22. September wurde Alice Mähr bei der SPÖ Bezirkskonferenz einstimmig zur Vorsitzenden der Bezirksfrauen Zwettl gewählt. „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und die gemeinsame Arbeit und möchte mich sehr herzlich für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken!“, so die neue Bezirksfrauenvorsitzende Mähr.

Fokus der Arbeit - Frauenpolitische Themen aufzeigen

Den Fokus ihrer Arbeit in der SPÖ sieht sie in der internen Vernetzung, wie auch im Aufzeigen frauenpolitisch relevanter Themen. „Für einander da sein, Zusammenhalt und Solidarität sind Werte, die keine Parteizugehörigkeit brauchen und ohne die eine Gesellschaft schwer bestehen kann. Frauen wie Männer tragen ihres gleichermaßen dazu bei. Denn wie bereits Johanna Dohnal schon betonte „Die Vision des Feminismus ist nicht eine „weibliche Zukunft“, es ist eine menschliche Zukunft.“ Auch wenn bereits einiges erreicht ist, herrscht noch immer eine gewaltige Schiefelage, wenn es um die Gleichstellung von Mann und Frau geht. Und um dieses Ungleichgewicht nachhaltig zu verändern, braucht es soziale Verantwortung und nachhaltiges politisches Handeln.“ Die SPÖ und insbesondere die SPÖ Frauen werden nicht müde frauenpolitische Schwerpunkte, ob die finanzielle Gleichstellung im Beruf, die Auswirkung der Teilzeitbeschäftigung auf die Pension, Chancengleichheit im Bildungsbereich, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder häusliche Gewalt, aufzuzeigen. „Kinderbetreuung und Pflege ist überwiegend weiblich und hat zur Folge, dass viele Frauen gezwungen sind Teilzeit zu arbeiten. In Österreich arbeite jede zweite Frau Teilzeit. Dies führt nicht nur zu weniger Lohn, sondern wirkt sich auch noch auf die Pension aus. Nicht nur, dass diese niedriger ist, können Frauen dadurch auch in eine finanzielle Abhängigkeit rutschen, denn wenn der Partner mehr als 1578,-



“

In einer freien und zivilisierten Gesellschaft ist kein Platz für Gewalt an Frauen.

DORIS BURES

Euro Pension bekommt, wird die Ausgleichszulage gestrichen. Wir sind motiviert diese Ungleichheit solange zum Thema zu machen, bis sich die Lebenswelt der Frauen nachhaltig verbessert“, so Mähr abschließend.

Mag.a Alice Käthe Mähr ist gebürtige Waldviertlerin und Mutter eines erwachsenen Sohnes. Sie hat Kunstgeschichte studiert und war in diesem Bereich unter anderem für das Belvedere Wien und die Kunstmeile Krems tätig. Nach einer beruflichen Veränderung arbeitet sie seit bald zehn Jahren im Sozialbereich mit suchtkranken Menschen in Wien.

LHStv. Franz Schnabl: LKW müssen raus aus den Gemeinden

„Menschen und Umwelt leiden in unseren Gemeinden aufgrund des LKW-Verkehrs durch Lärm und Staub. Dazu kommt, dass die Sicherheit vor allem von Kindern und älteren Menschen nicht mehr gegeben ist. Aber dennoch blockiert die ÖVP und stimmt gegen eine kilometerabhängige Maut für LKW auf allen Straßen – nicht nur auf Autobahnen und Schnellstraßen. Doch nur so können wir die Mautflucht und die Belastungen für Mensch, Natur und Infrastruktur stoppen“, erklärt der für Verkehr zuständige LHStv. Franz Schnabl im Anschluss an die heutige VerkehrsreferentInnen-Konferenz in der Steiermark: „Durch die LKW-Maut können finanzielle Einnahmen sichergestellt werden, die für Klimainvestitionen und den Ausbau des öffentlichen Verkehrs verwendet werden können.“ Pro Jahr würden rund 600 Millionen Euro Einnahmen zusammenkommen.

Einem entsprechenden Antrag wurde von den VerkehrsreferentInnen der SPÖ und der Grünen Verkehrsreferentin aus Tirol zugestimmt. Blockiert wurde er von den VertreterInnen der ÖVP. „Damit donnern die LKW weiter durch die Gemeinden. Die ÖVP bedient hier lieber die LKW-Lobby, als endlich im Sinne der Gesundheit und des Klimaschutzes zu handeln. LKW müssen raus aus den Gemeinden und im Idealfall rauf auf die Schiene“, erklärt Schnabl:

„Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Deshalb werde ich für diese Forderung weiter kämpfen!“

Es gelte nun, sowohl in Niederösterreich, aber auch auf Bundesebene für diese Forderung einzutreten und weiterzukämpfen – die SPÖ werde mit Nachdruck an dieser Forderung festhalten, um die Betroffenen zu entlasten.

Anwohner leiden unter der enormen Belastung durch Schwerverkehr

LKW raus aus den Gemeinden!



-  **Sicherheit für Kinder und ältere Menschen**
-  **Weniger Lärm und Staub**
-  **Klima und Umwelt schützen**



Jetzt für eine flächendeckende LKW-Maut unterschreiben:



Impressum: SPÖ Niederösterreich, Niederösterreichring 1a, 3100 St. Pölten





**Lebkuchen, Kekse
und Vanilleduft -
Weihnachten liegt
in der Luft.**



Franz Schnabl
LHStv. Franz Schnabl
Landesparteivorsitzender



*Bleiben Sie
gesund!*



**Das Team der
SPÖ Bezirksorganisation
wünscht
ein frohes und besinnliches
Weihnachtsfest
sowie ein gesundes, glückliches
und erfolgreiches
Jahr 2022**

**SPÖ Niederösterreich
fragt nach:**

**KINDER
BETREUUNG**



**SPÖ
Niederösterreich**

Kindererziehung ist eine erfüllende und schöne Aufgabe.

Aber alle Eltern wissen, es ist mehr als ein Vollzeitjob,
es sind zwei Vollzeitjobs.

Und wenn dann noch die **Kinderbetreuung** nicht hinhaut
wird es richtig schwierig.

**KINDER
BETREUUNG**

Wir, die SPÖ Niederösterreich, fragen nach.

Bitte nehmen sie sich **zwei Minuten** Zeit
und sagen sie uns ihre **Meinung!**

Entweder Domain eingeben:
<https://noe.spoe.at/umfrage-kinderbetreuung>



oder QR-Code scannen
und mitmachen!

**SPÖ
Niederösterreich**

Film 07 EP 77A 78E 07C Film 07 EP 77A 78E 07C Film 07 EP 77A 78E 07C





Film 07 EP 07D 07 A 07B Film 07